



Leitsätze für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung (Güter und Dienstleistungen)

1. Zweck

Die vorliegenden Leitsätze stellen die Grundsätze dar, nach denen das Ziel einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung gemäss Art. 2 Bst. a BÖB:2019 für Güter und Dienstleistungen umgesetzt werden soll. Sie legen die wichtigen Themen fest und definieren entsprechende Stossrichtungen. Die Nachhaltigkeit umfasst die drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, Gesellschaft und Umwelt. Die Umsetzung der Leitsätze wird in Faktenblättern konkretisiert. Kursiv gedruckte Begriffe werden im Glossar kurz erläutert.

2. Anwendungsbereich

Die vorliegenden Leitsätze wurden unter der Leitung der BKB durch die Beschaffungsstellen des Bundes und unter Einbezug von einzelnen Vertretern von Kantonen, Städten und Gemeinden konsensual erarbeitet. Sie gelten entsprechend insbesondere für die Beschaffungsstellen des Bundes.

Grundsätzlich sind alle Leitsätze für alle Beschaffungen anzuwenden. Die Beschaffungsstellen können im Einzelfall oder für einzelne Produktgruppen prüfen, ob gewisse Leitsätze nicht relevant sind.

Die Beschaffungsstellen der bundesnahen Betriebe, der Kantone, Städte und Gemeinden sind eingeladen, die Leitsätze zu übernehmen oder entsprechend ihren Bedürfnissen anzupassen.

3. Wirkungsorientierung

Die Anwendung der Leitsätze erfolgt nicht-diskriminierend, wettbewerbs- und technologieneutral, *risikobasiert* und wirkungsorientiert. Dabei soll der Aufwand gemessen an der erzielten Wirkung verhältnismässig gehalten werden.

4. Kernanforderungen an die Beschaffungsorganisationen (basierend auf den Prinzipien von ISO 20400)

a. Gesetzeskonformität

Die Beschaffungsstellen halten die Gesetze und internationalen Verpflichtungen der Schweiz ein und verlangen von den Anbietern/Lieferanten die Einhaltung der am Leistungsort geltenden Verpflichtungen respektive nationalen Gesetze.

b. Ethisches Verhalten

Die Beschaffungsstellen verhalten sich ethisch korrekt. Sie dulden keine Korruption. Sie informieren und schulen Mitarbeitende und Anbieter/Lieferanten entsprechend.

c. Transparenz

Die Beschaffungsstellen fällen ihre Entscheide aufgrund von Fakten. Bei der Beurteilung von Nachhaltigkeitskriterien stützen sie sich auf anerkannte Standards und Methoden. Sie kommunizieren die Grundlagen der Beurteilung offen und transparent.

d. Verpflichtung

Die Beschaffungsstellen verpflichten sich, gemäss dem Verständnis des Positionspapiers und Aktionsplans des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt (2015) zu handeln. Sie streben danach, den Nutzen der Anspruchsgruppen zu optimieren und mögliche negative Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu vermeiden oder abzufedern. Sie integrieren dieses Verständnis in alle Beschaffungspraktiken und -prozesse.

Darüber hinaus formulieren sie Zuschlagskriterien, mit welchen die Einhaltung relevanter internationaler Verhaltensstandards entlang der Wertschöpfungskette bewertet werden können, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Sie prüfen entsprechende Selbstdeklarationen der Lieferanten *risikobasiert*.

e. Chancengleichheit

Diskriminierungen sind zu vermeiden. Die Beschaffungsstellen wahren bei der Ausgestaltung von Prozessen und Entscheiden die Chancengleichheit. Dies betrifft insbesondere die Chancengleichheit von Frau und Mann, Menschen mit Behinderungen, kleinen und grossen Betrieben im In- und Ausland, aber auch der verschiedenen Sprachregionen innerhalb der Schweiz.

f. Marktmacht

Die Beschaffungsstellen vermeiden soweit als möglich und sinnvoll Klumpenrisiken auf der Angebots- und der Nachfrageseite.



g. Innovation

Die Beschaffungsstellen sind offen für innovative Lösungen. Sie beteiligen sich aktiv am Dialog mit der Wirtschaft.

h. Kontinuierlicher Verbesserungsprozess (KVP)

Die Beschaffungsstellen bemühen sich um kontinuierliche Verbesserungen der eigenen Prozesse. Sie schulen entsprechend ihre Mitarbeitenden und informieren Anbieter/Lieferanten bezüglich der vorliegenden Leitsätze.

5. Bedarfsdefinition

Die Nachhaltigkeit muss entlang des gesamten Beschaffungsablaufs berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk ist der Bedarfsdefinition zu widmen, da hier ein grosses Potenzial besteht. Im Zentrum der Bedarfsdefinition stehen die sorgfältige Klärung der Bedürfnisse der Auftraggeber und Nutzer sowie deren Sicherheit und Gesundheit. Die Beschaffungsstellen diskutieren die Notwendigkeit einer Beschaffung und der geforderten Funktionalitäten mit den Bedarfsstellen. Sie weisen auf mögliche alternative Beschaffungsformen, z.B. Miete, Leasing, Wiederaufbereitung, second use hin, welche u.a. die Wirtschaftlichkeit verbessern oder die Kreislaufwirtschaft begünstigen können.

Wirtschaftlichkeit

Die Beschaffungsstellen berücksichtigen nach Möglichkeit die Total Cost of Ownership. Wenn möglich sind die vollständigen Kosten entlang des Lebenszyklus, d.h. die Lebenszykluskosten gemäss ISO 20400 heranzuziehen.

Ökologie

Ressourceneffizienz und Kreislauffähigkeit: Die Beschaffungs- und Bedarfsstellen sorgen für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen, namentlich Rohstoffe, Wasser, Boden, Luft und Landschaft. Bei der Bedarfsdefinition und Ausschreibung werden den Aspekten Ressourceneffizienz, Kreislauffähigkeit und Abfallvermeidung sowie Vermeidung von schädlichen Emissionen (inklusive Lärm und Licht) angemessen Rechnung getragen.

Energie und Klima: Der Bund beschafft Güter und Dienstleistungen mit geringem Energieverbrauch entlang des gesamten Lebenszyklus und fördert die Verwendung von erneuerbaren Energien. Die Emissionen von Treibhausgasen sollen möglichst tief gehalten werden.

Soziales

Korrekte Arbeitsbedingungen: Entlang der Wertschöpfungskette soll die Einhaltung der jeweiligen Arbeitsgesetze, mindestens aber die Einhaltung der acht ILO Kernübereinkommen sichergestellt werden.

Nachweis von sozialer Verantwortung: Durch die Formulierung von relevanten Zuschlagskriterien werden Anbieter/Lieferanten honoriert, welche nachweisen können, dass sie über das gesetzliche Minimum hinaus soziale Verantwortung übernehmen.

6. Glossar

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR)

Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen bezieht sich auf die Auswirkungen der unternehmerischen Tätigkeiten auf Gesellschaft und Umwelt. Der Bund versteht CSR (Corporate Social Responsibility) als Beitrag der Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung. Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung muss sich auf die gesamte unternehmerische Tätigkeit im In- und Ausland beziehen.

CSR umfasst ein breites Spektrum von Themen, die bei der Unternehmensführung nebst den Eigentümerinteressen zu berücksichtigen sind. Dazu gehören unter anderem die Arbeitsbedingungen, Menschenrechte, Umwelt, Korruptionsprävention und ein fairer Wettbewerb. Ziel der CSR auf Unternehmensebene ist den Nutzen der Anspruchsgruppen zu optimieren und mögliche negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten zu vermeiden oder abzufedern.

In Ländern und Regionen, in denen sich die Unternehmertätigkeit nicht auf einen ausgebauten gesetzlichen Rahmen stützen kann oder in denen bestehende Gesetze nicht oder nur teilweise umgesetzt werden, erhält CSR eine besondere Bedeutung. CSR bedeutet in solchen Situationen, dass die Unternehmen das bestehende Rechts- und Gouvernanz-Vakuum nicht missbrauchen, sondern international anerkannte Verhaltensstandards anwenden.

Der Bund integriert in seine Handlungsprinzipien verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten, namentlich wo er als Arbeitgeber, Anleger, Beschaffer oder Unternehmenseigentümer (bundesnahe Betriebe) auftritt, und nimmt damit eine Vorbildrolle wahr.

(Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt, 2015)

ILO Kernübereinkommen

Die Einhaltung der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist als Mindeststandard für im Ausland erbrachte Leistungen explizit vorgeschrieben. Deren Nichteinhaltung führt zum Verfahrensausschluss. Diese Kernübereinkommen umfassen beispielsweise das Verbot der Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen sowie das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Klumpenrisiko

Eine Häufung von gleichgelagerten Risiken, die dem Grundsatz der Diversifikation widerspricht.

Kreislaufwirtschaft

Eine vollständige Kreislaufwirtschaft beschreibt ein Wirtschaftssystem, in dem Materialströme fortlaufend auf qualitativ hohem Niveau zirkulieren, ohne dass Materialien aus der Biosphäre entnommen oder in die Biosphäre abgegeben werden. Damit werden die natürlichen Ressourcen durch den fehlenden Abbau der entsprechenden Rohstoffe geschont. Das vollständige Recycling macht eine Deponierung oder Verwertung der Abfälle überflüssig.

Eine vollständige Kreislaufwirtschaft ist praktisch nicht möglich. Es ist eine möglichst hohe Recyclingquote anzustreben.

Lebenszykluskosten

Unter Lebenszykluskosten im Sinne der ISO Norm 20400 werden nebst den Anschaffungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten auch die indirekten Kosten verstanden, welche durch die Produktion, den Betrieb und die Entsorgung an der Umwelt entstehen. Die explizite Berücksichtigung der entsprechenden volkswirtschaftlichen Kosten rechtfertigt sich insbesondere,

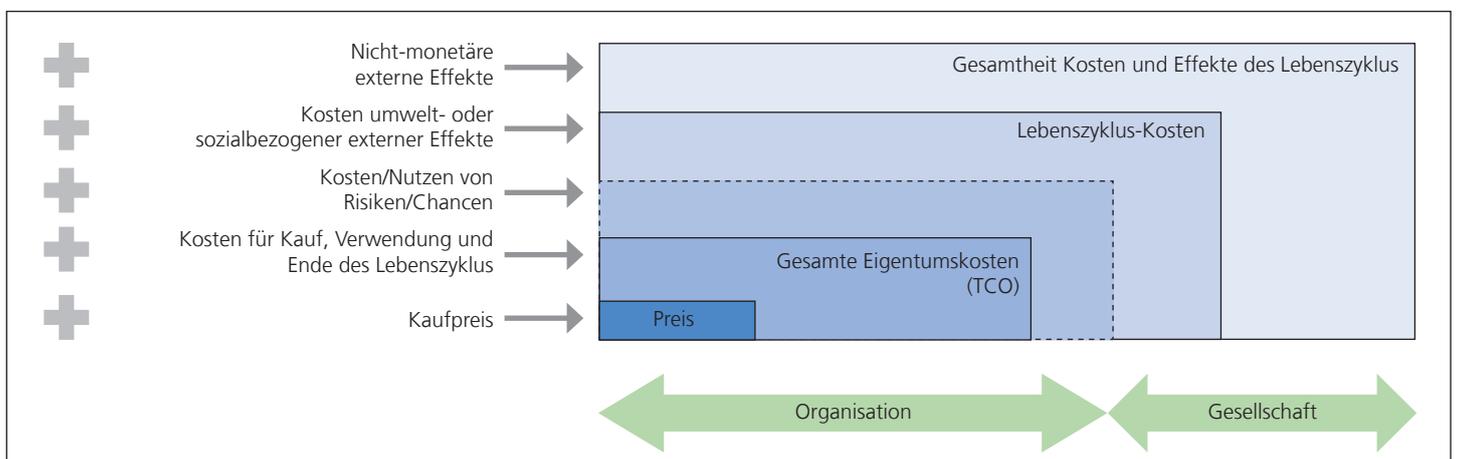


Abbildung nach International Organization for Standardization (2017). ISO 20400, Sustainable procurement, Genf: Kapitel 7.2.3 (Original in Englisch und Französisch).



wenn dadurch externe Effekte abgebildet werden, die nicht bereits durch die bestehende Umwelt-Gesetzgebung internalisiert werden.

Entsprechende Instrumente und Grundlagen werden geprüft und den Beschaffenden in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Marktmacht

Marktmacht ist eine übermässige Konzentration auf Angebots- oder Nachfrageseite mit dem Potenzial, der Gegenseite die Vertragsbedingungen aufdrängen zu können. Solche Situationen sollen durch Planung und Ausschreibung möglichst vermieden werden.

Der öffentlichen Hand kommt eine wichtige Rolle zu, in dem sie innovative Lösungen anstösst (z.B. durch funktionale Ausschreibungen oder dem prä-kompetitiven Dialog mit der Branche) und einen Teil des Entwicklungsrisikos mitträgt. Dabei können vorübergehende Monopolsituationen entstehen.

Ökobilanz

Die Ökobilanz ist eine Methode, mit welcher die Umweltwirkungen eines Produkts, eines Prozesses, einer Dienstleistung, eines Unternehmens oder sogar einer ganzen Volkswirtschaft erfasst, beurteilt und bewertet werden können. Die typische Form ist die Produktbilanz mit ihrem Fokus auf den gesamten

Lebenszyklus eines Produktes, von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und den Gebrauch bis zur Entsorgung am Ende der Nutzungsphase unter Einbezug aller Transporte. Die Ökobilanz erfasst innerhalb des gesteckten Untersuchungsrahmens den Verbrauch von Energie und Rohstoffen sowie den Ausstoss von Stoffen in Luft, Wasser und Boden. Dabei wird von den einzelnen Emissionen und Ressourcenentnahmen die Sachbilanz erstellt, diese im Hinblick auf die Umweltwirkung bewertet und in mehrere Indikatoren oder in eine einzige Kennzahl zusammengefasst.

Risikobasiert

Die Beschaffungsstellen wählen aufgrund des zu beschaffenden Guts und der Art der Lieferkette, welches Ambitionslevel bezüglich der Nachhaltigkeit entlang des Beschaffungsprozesses angestrebt wird. Eine noch zu erstellende Relevanzmatrix wird bezüglich der produkt- und herkunftsbezogenen Risiken und Chancen Auskunft geben. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass möglichst schlanke, administrativ einfache Verfahren und Instrumente verwendet werden, welche beim Auftraggeber, den Beschaffungsstellen und den interessierten Anbietern/Lieferanten einen möglichst geringen Vollzugaufwand verursachen bei maximaler Wirkung hinsichtlich der angestrebten Nachhaltigkeitsaspekte.

Impressum

Herausgeber:

Beschaffungskonferenz des Bundes BKB

Fellerstrasse 21

CH-3003 Bern

Tel. 41 (0)58 462 38 50

Fax 41 (0)58 465 50 09

bkb@bbl.admin.ch

Fachgruppe Nachhaltigkeit der BKB

BAFU* (Leitung)

armasuisse*

ASTRA

BBL*

Die Post*

ETH-Bereich

Geschäftsstelle BKB

IGÖB – Nachhaltige Beschaffung

Kanton Basel-Stadt

Kanton Waadt

KBOB*

SECO*

Städteverband

* Mitarbeitende dieser Einheiten waren in der Arbeitsgruppe Leitsätze vertreten.